



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Stamm bis vor wenigen Jahrzehnten unter dem Druck der Leibeigenschaft seufzte und bis vor zehn Jahren das Joch von Frohnden trug, die nicht viel besser als die Last der Leibeigenschaft waren. Noch auffallender wird dieser Umstand, wenn man die Lieder der Czechen mit denen der Ostslawen, namentlich der Russen vergleicht. Ist es einem dort so schwermüthig ums Herz, als ob man durch tiefe enge Thäler, durch dichten finstern Wald ginge, wo hier und da ein abenteuerlich gestalteter Fels emporragt, hier und da ein düsterer stiller Fluß hinströmt oder ein wolkenbeschatteter See seinen dunkeln Spiegel zeigt, so herrscht hier Frühlingsmorgenluft vor, man geht über weite Wiesen und Getreidefelder mit dem Wechsel von Busch und Hügel, pflückt Veilchen und Hagebuttenrosen, freut sich des Lerchengesangs, des Bachgeriesel, begegnet schmucken Dirnen, hüpfendem Weidevieh und hört in der Ferne die Lust der Schenke, Dudelsack und Fiedelbogen. Es scheint, daß der Czeche sich nicht so leicht von melancholischen Betrachtungen überwältigen läßt, daß er, in Noth gerathen, lieber schweigt, als sie in die Welt hinaus singt, daß er, wenn dies doch einmal geschieht, immer noch einen Rest von Laune und Glauben an den Sonnenschein bewahrt, der auf die Wolken folgen muß. So ist die Zahl der elegischen Lieder nicht groß in den Sammlungen, sehr reich dagegen sind die naiven und die schelmischen vertreten. Nicht häufig sind die Balladen; wo sie einen ernsten Ton anschlagen, wie im Lied „Eifersucht im Tode“, dessen Anfang beiläufig an den Klaggesang der edlen Frau des Asan-Uga erinnert, wie „Die Waise“, „Die Verwünschte“ u. a. gehören sie wahrscheinlich in frühere Zeiten. Sehr innig sind endlich die religiösen Lieder, unter denen sich manche den besten deutschen anreihen. Beispiele hierfür müssen wir auf eine andere Gelegenheit verschieben.

—u—

Von der preussischen Grenze.

Zu den unerquicklichsten Debatten unseres Landtags gehört die vom 1. März über die italienische Frage. Zwar stimmen wir mit allen Betheiligten, mit den Ministern und Abgeordneten, darin überein, daß die Gelegenheit nicht glücklich gewählt war; daß es sich für den Landtag nicht ziemt, eine der wichtigsten Fragen, mit denen er sich überhaupt beschäftigen kann, auf die zufällige Veranlassung einer Bittschrift ins Auge zu fassen, daß er vielmehr die Pflicht hat, wenn die Regierung ihn nicht unmittelbar auffordert, selber die Initiative zu ergreifen. Aber wenn die Angelegenheit einmal zur Sprache kam, so mußte sie mit dem ganzen Ernst, der ihr gebührt, behandelt werden. Diesen Ernst vermiffen wir durchaus. Die Debatte klang wie ein gelegentliches Gespräch, in dem Jeder von seinen Ansichten und

Sympathien vorbrachte, was ihm gerade über die Zunge kam, mit derselben behaglichen Nonchalance, als handele es sich um einen Streit zwischen China und Japan. Mag man über den Einfluß, der einer Landesvertretung auf die auswärtige Politik zukommt, verschiedener Ansicht sein, so viel steht fest, daß er hauptsächlich moralischer Natur ist, daß es darauf ankommt, in der Regierung das Gefühl zu erregen, ihr stehe ein fester geschlossener Wille und eine klare Einsicht gegenüber. Daß die Ultramontanen den Papst für den besten Mann Italiens halten, daß die Polen mit jeder nationalen Bewegung sympathisiren, das ist der Regierung nicht unbekannt; aber schwerlich hat sie bei dieser Gelegenheit auch aus den Reden unserer Freunde etwas Neues erfahren. Es ist ein großer Uebelstand, daß wenige Minuten, nachdem der Abgeordnete Behrens auf Grund einer Depesche, die er gelesen, sein Mißtraun gegen die Regierung ausgesprochen, der Abgeordnete von Vincke, der dieselben Ansichten vertrat, ja in gewisser Beziehung noch weiter ging, mit der größten Zuversicht sich dahin erklärte, der Minister des Auswärtigen werde ja wohl in derselben Weise handeln. Aber es ist aller Welt klar, daß der Minister wenigstens diejenigen Ansichten, die der Abgeordnete von Vincke aussprach, officiell nicht vertritt, daß er vielmehr, wenn die preussische Politik überhaupt eine Wirkung haben soll, was zu bezweifeln ist, für das Gegentheil derselben wirkt; daß er nicht das Princip der Nationalität, nicht das Princip der politischen Zweckmäßigkeit betont, sondern das Princip der Legitimität, und daß er dadurch, gemeinschaftlich mit Rußland, dem Kaiser Napoleon die Veranlassung oder wenigstens den Vorwand gegeben hat, gegen Sardinien die Sprache zu führen, die er wirklich führt. In ganz Deutschland ist das Gefühl rege, daß die Entscheidung Preußens in dieser Frage unendlich wichtiger ist, als das Ehegesetz, die Grundsteuerfrage u. s. w.; und daß der preussische Landtag diesem Gefühl so wenig Rechnung trägt, daß er sich so wenig zu der Erkenntniß erhebt, diese Angelegenheit gehe uns eben so nahe an als die Italiener, das wird die gute Meinung, die man in Deutschland von Preußen hegt, nicht gerade verstärken.

Suchen wir uns vorläufig die äußere Lage der Dinge klar zu machen. Seit dem 24. Februar scheint die italienische Frage wieder in die größte Verwirrung gerathen zu sein, doch geben uns die Depeschen Thouvenels nach Wien vom 31. Januar und nach Turin vom 24. Februar, verbunden mit der kaiserlichen Thronrede vom 1. März, einen ziemlich genügenden Leitfaden; insofern die Depesche vom 31. Januar die ideale, die vom 24. Februar die reale Seite der Sache hervorhebt. Beide muß man in Anschlag bringen, wenn man die Napoleonische Politik in ihrer Dauer und in ihrem Wechsel verstehen will.

Die Depesche vom 31. Januar zeigt uns die ideale Seite. Im Namen seines kaiserlichen Herrn bedauert Thouvenel aufs tiefste, daß es trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, die Bestimmungen des Vertrags von Villafranca durchzuführen. Die moralische Verbindlichkeit wird nicht abgeleugnet, man gesteht Oestreich das Recht zu, zu schmollen; aber man wünscht aus Gründen, die sich sehr hören lassen, daß es sich auf dieses Schmolten beschränke. In der Form ist die Depesche so höflich, als man nur verlangen kann. Die Gründe der politischen Zweckmäßigkeit sind unwiderleglich: soll die italienische Frage endlich einmal erledigt werden, so müssen die Wünsche der italienischen Nation so viel als möglich erfüllt und ihr eine so unab-

hängige und selbstständige Lage gegeben werden, daß weder Oestreich noch Frankreich jemals Veranlassung finden können, sich einzumischen und dadurch mit einander in Conflict zu gerathen: Ist Italien unabhängig, so hört jeder Grund eines Zwerrwürnisses zwischen Frankreich und Oestreich auf; Frankreich wolle keinen politischen Gewinn machen: — von der Einverleibung Savoyens und Nizzas ist nicht die Rede. — Die natürliche Logik dieser Depesche führt dahin, den factisch seit einem Jahr bereits bestehenden Zustand zu einem Rechtszustand zu erheben und dadurch zugleich die italienische Bewegung zu begrenzen. Eben dahin gingen die Vorschläge Englands; wäre Preußen und Rußland darauf eingegangen, so wäre der Ausgang außer allem Zweifel gewesen.

Statt dessen haben Rußland und Preußen das Princip der Legitimität festgehalten — bis zu welcher Grenze, ist uns nicht bekannt. Auch dies Princip hat seine natürliche Logik. Anerkennung der Abtretung der Lombardei, Restauration der drei Herzöge und des Papstes unter der Bedingung einer vorher beschworenen Verfassung, die unter die Garantie Europa's gestellt wird. Dieses Abkommen wäre zwar nicht dazu angethan gewesen, die italienische Frage zu erledigen, sie hätte dieselbe vielmehr in Permanenz erklärt; aber es kamen hier noch andere als italienische Bedenken zur Sprache. Wenn durch diese Haltung Preußens und Rußlands Oestreich veranlaßt wurde, in seiner deutschen Politik andere Seiten aufzuziehen, z. B. mit Entschiedenheit die Anträge Preußens am Bundestag zu unterstützen, so kam dieser Umstand gar sehr in Rechnung. Davon ist aber keine Rede gewesen; zwischen Oestreich und Preußen besteht die alte Spannung fort und die Einwirkung auf Frankreich äußert sich folgendermaßen:

Forderung auf der einen Seite: Errichtung eines unabhängigen nationalen Staats, bestehend aus ganz Sardinien, Lombardei, Modena, Parma, Toscana, Romagna. Unterstützt durch England.

Forderung auf der andern Seite: Restauration der drei rechtmäßigen Herzöge und des Papstes; Garantie von Reformen. Unterstützt durch Oestreich und theilweise auch durch Rußland und Preußen.

Die beiden Forderungen, sagt Kaiser Napoleon, widersprechen sich; um alle Parteien zu befriedigen, muß also ein Mittelweg eingeschlagen werden. Zwar wird das Princip der Legitimität nicht geachtet, die drei rechtmäßigen Herzöge werden nicht restituirt (Concession an England). Dagegen wird auch das Princip der Nationalität nicht geachtet (Concession an Rußland und Preußen), der Wille der Italiener, einen einheitlichen Staat zu bilden, der sich in Toscana ebenso laut ausgesprochen hat als anderwärts, wird nicht erfüllt, Toscana bleibt ein Staat für sich, wenn nicht unter meinem Vetter, so doch jedenfalls unter einem andern als dem, den die Einwohner von Toscana wollen. Der Papst wird zwar nicht restituirt, dafür wird aber der König von Sardinien sein Vasall, und durch dieses interessante mittelalterliche Verhältniß wird die Confusion in Italien so groß, daß ich mir dadurch die höchst beschwerliche Pflicht aufbürde, jeden Augenblick mit Rath und That einzugreifen. So wird alle Welt zufrieden gestellt, und um die Genugthuung vollständig zu machen, nehme ich mir Savoyen und Nizza.

Das ist die reale Seite der französischen Politik, die Seite, welche die Depesche vom 24. Februar und die kaiserliche Thronrede betont. Wir zweifeln nicht im Ge-

ringsten daran, daß dies die wirkliche Meinung ist; denn es ist die traditionelle Politik Frankreichs. Ebenso wie Oestreich liegt Frankreich daran, nicht einen unabhängigen italienischen Staat neben sich zu haben, sondern ein loses machtloses Staatengerölle: der Unterschied zwischen beiden liegt nur darin, daß Jeder von ihnen sich selbst die Rolle des aufopfernden Beschützers beilegt. Man lese die Depeschen des Republikaners Bastide: was Kaiser Napoleon noch immer sehr fein und höflich ausdrückt, wird hier mit grober Naivetät verkündet. Wir glauben, daß von allen Regenten Frankreichs Kaiser Napoleon noch immer der erste ist, der bei seinem Instinkt für die Realität der Dinge, wenn Europa einen Willen gezeigt, die egoistischen Wünsche den idealen nachgesetzt hätte; da aber Europa keinen Willen zeigt, sondern nur unklare Velleitäten, so ist es natürlich, daß er zugreift wo es eben geht. Das Grollen Englands hat er durch den guten Bissen des Handelsvertrags befänstigt, nach Preußen und Rußland fragt er vorläufig gar nicht, und was Oestreich betrifft, so rechnet er so: handelte Oestreich nach seinem Interesse, so würde es Sardinien in jeder Weise unterstützen, um diesen Staat zu einem Act eclatanter Undankbarkeit gegen mich zu veranlassen, der seinen Gefühlen und seinen Interessen so nahe liegt; da es aber nur aus Stolz handelt, so wird es lieber sehen, wenn ich selber ganz Italien nehme, als wenn das kleine Sardinien auch nur eine Provinz gewinnt.

Die Rechnung ist richtig und — doch nicht richtig. Daß Napoleon wie jeder Franzose alles mögliche daran setzt, seinem Reich die „natürlichen Grenzen“ wieder zu verschaffen, das versteht sich von selbst; daß er aber in einem Augenblick, wo doch noch keiner der übrigen Staaten an ihn gebunden ist, mit diesem Plan offen hervortritt, das sieht doch fast so aus, wie ein Act augenblicklicher Hize. Denn so wenig wir uns für die weinerliche Politik des Lord John begeistern können, in einem Punkt hat er vollkommen recht: die Erwerbung von Savoyen und Nizza vermehrt Frankreichs Macht nicht um das Gewicht einer Feder, sie regt aber ganz Europa gegen Frankreich auf, denn sie ist eine indirecte Kriegserklärung, zunächst gegen Holland, Belgien, Preußen und Baiern, dann aber gegen alle Welt. Der Kaiser begann den Krieg mit der Erklärung, er wolle für sich keinen Gewinn, er wolle nur die Befreiung Italiens; er hat Italien nicht nur nicht befreit, sondern dessen Befreiung verhindert, und er hat sich einen Gewinn angeeignet; er hat die Bestimmungen des Friedens von Villafranca nicht durchgeführt, und dadurch ein Bündniß mit Oestreich unmöglich gemacht, er hat den Papst in einer Weise herausgefordert, die man nicht vergessen wird; er hat zwar Sardinien im Augenblick in seiner Hand, aber er hat zugleich in ihm seinen gefährlichsten Feind. Die Depesche Thouvenels spricht von einer Sackgasse, in welche die öffentliche Politik sich verlaufen habe; jetzt scheint die französische Politik in eine Sackgasse verlaufen zu sein.

Es ist nicht unmöglich, daß Sardinien sich fügt, in der Erwartung, daß der Papst sich nicht fügen werde. Was hat dann der Kaiser gewonnen? Soll er den Papst zwingen? soll er Sardinien die Intervention erlauben? oder soll er wieder einen Schritt rückwärts gehn? — Wenn aber Sardinien den Entschluß faßt — und auch das ist nicht unmöglich — trotzdem sein Stück durchzusetzen, wird es ihm dann moralisch möglich sein, Zwang gegen die Italiener auszuüben? oder sie den Oestreichern zu überlassen? Die Entscheidung steht vielleicht schon den nächsten Monat

bevor, um so dringender hat Preußen Veranlassung, sich zusammenzuraffen, damit die Krisis es nicht wehrlos finde.

Die preussischen Minister scheinen ihre Wehrkraft nur in der größeren Zahl von Soldaten zu suchen; und daß das Heer einer schnellen und durchgreifenden Reform bedarf, ist keinem Zweifel unterworfen. Der vorgelegte Gesetzesentwurf entspricht aber seinem Zwecke nicht. Oestreich ist uns darin das beste Beispiel: es hat ein über seine Kräfte zahlreiches und wohl ausgerüstetes Heer auf den Beinen gehabt, und es ist doch zu einem schnellen Frieden gezwungen worden, weil seine Finanzen zerrüttet waren und weil das ganze Land mit seiner Regierung grollte. Preußen hat sich davor zu hüten, daß es ihm nicht ebenso gehe. Die Zahl des stehenden Heeres um ein Drittel zu vermehren, die Dienstzeit nicht bloß nicht abzukürzen, sondern theilweise zu erhöhen und ihr einen strengeren Charakter zu geben, die Ausgaben um beiläufig 14 Millionen zu steigern, die Arbeits- und Steuerkraft des Landes um beiläufig 70,000 Arbeiter zu vermindern; die für den Krieg bestimmte Anleihe im Frieden zu verausgaben und auch nicht einmal eine Andeutung davon zu geben, womit das stehende Deficit gedeckt und woher im Fall der Noth das Geld genommen werden soll — das sind ja vollständig östreichische Zustände! Wenn es bloß darauf ankäme, möglichst viel Soldaten in Uniform zu stecken, und das Geld dafür auf dem Papier festzustellen, so könnte man ja statt der $9\frac{1}{2}$ oder wie es sich eigentlich herausstellt 14 Millionen gleich 90 oder 140 fordern. Man befriedigt die ersten Bedürfnisse durch eine Anleihe; um die Zinsen derselben zu bezahlen macht man eine neue Anleihe, und so geht es in einer unendlichen Schraube fort. — Indes auch die ärgsten Opfer ließen sich noch ertragen, wenn man abläße, wohin das führen soll. Aber darüber nicht die geringste Andeutung. Hr. v. Schleinitz versichert, Preußen wolle vor allen Dingen den Frieden zwischen den Mächten erhalten; an sich ein sehr löbliches Vorhaben, aber sind dazu 14 Millionen Zuschlag nöthig? Ja wir erleben es noch, daß nächstens von dieser oder jener Seite an Preußen die Anfrage gestellt wird, was denn diese außerordentlichen Rüstungen bedeuten sollen, und daß Preußen demnach in einem Augenblick, wo es ihm vielleicht am ungünstigsten ist, durch ein falsches Point d'honneur in den Conflict gezogen wird.

Es scheint uns daher dringend nothwendig, daß, abgesehen von allem Vertrauen oder Mißtraun, der preussische Landtag sich endlich einmal zu der Frage an das Ministerium ermanne, was es bisher durchgesetzt hat und was es durchzusetzen gedenkt? In Deutschland hat es bis jetzt nichts durchgesetzt, und seine Stellung zu den Großmächten scheint eben so unklar wie unter Herrn v. Manteufel. Sollte sich das Ministerium zu seiner Entschuldigung darüber beklagen, daß es mit einer so schlimmen Welt zu thun habe, so wird man ihm antworten müssen, daß es einmal in dieser schlimmen Welt lebt und darnach seine Maßregeln zu nehmen hat. Der Prediger mag klagen über die Verderbniß der Zeiten, der Philosoph und Staatsmann hat keine Zeit dazu. Soll es aber überhaupt beim Alten bleiben, dann darf es auch nicht mehr kosten als früher. †

Herausgegeben von Gustav Freytag und Julian Schmidt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch

Verlag von F. A. Herbig — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.